

Ralf Wagner

## Die bürgerliche Mehrheit wird zur APO des Jahres 2010

[4.8. 10]

Die Umfragewerte für Union und FDP befinden sich derzeit im freien Fall. Während deren Personal sich davon erstaunlich unberührt zeigt, sind die Hochgefühle bei den Oppositionsparteien kaum zu übersehen. Nur auch sie haben wenig Grund dazu, denn in Wahrheit wandern die Wähler nicht von einem Lager ins andere sondern in die in keiner Sonntagsfrage ausgewiesene Gruppe der Nichtwähler – ganz ähnlich wie in der Endphase der rot-grünen Regierung die SPD-Wähler. Doch während Schröder abgewählt worden war, weil er Reformen gemacht hat, die seine Wähler nicht wollten, erodiert Schwarz-Gelb die Basis, weil sie die Reformen *nicht* machen, die ihre Wähler wollten. Und das sind vor allem liberale, im Sprachgebrauch der Opposition neoliberale Reformen.

Dass es so kommen würde, zeichnete sich allerdings schon im Koalitionsvertrag ab, der alle Milliarden verschlingenden Wohltaten der Großen Koalition sowie deren ordnungspolitischen Tabubrüche unter Bestandsschutz stellte und damit sichtbar machte, dass die Union und allen voran die Kanzlerin nicht an irgendwelche Kurskorrekturen dachte. Warum die FDP ihn unterzeichnet hat, bleibt ihr Geheimnis und sie wird es, wie es aussieht, wohl mit ins Grab nehmen.

Angela Merkel führte auch ihren Kampf gegen die „Exzesse der Märkte“ als vermeintlicher Hauptursache der Banken- und Konjunkturkrise weiter und bediente damit gemeinsam mit „Arbeiterführer“ Rüttgers und „Stimmungssurfer“ Seehofer alle Vorbehalte der Linken gegen Marktwirtschaft schlechthin. Damit diskreditierte sie ganz nebenbei die jahrzehntelang erfolgreiche Wirtschaftsordnung einer sozialen Marktwirtschaft – zu ihrem eigenen Nachteil. Da sich konkrete Mängel, deren Abstellung eine nächste Krise ausschließen würde, kaum festmachen ließen gab es abgesehen von der albernen Boni-Diskussion auch keinen internationalen Konsens darüber. Mal davon abgesehen davon, dass das nach Ansicht des Autors auch gar nicht geht, denn Krisen gehören nun einmal zum Wirtschaftssystem, stehen die Regierenden jetzt mit leeren Händen da. Damit haben sie selbst die Vorlage für Populisten geliefert, die sich nun mit Forderungen nach Bankverstaatlichung und Zusatzbesteuerung (eigentlich wäre das Gegenteil, eine Stärkung der Banken durch höhere Eigenkapitalausstattung geboten) oder aber nach einer durch ihren Erfinder James Tobin noch vor seinem Tode selbst abgelehnten Finanzmarkttransaktionssteuer<sup>1</sup> eifrig profilieren können.

Dass eher Staats- als Marktversagen zu den amerikanischen Blasen und deren Platzen geführt hat, muss der Kanzlerin dann wohl in der Euro- und Griechenlandkrise bewusst geworden sein. Die immense Geldemission der Amerikaner und ebenso hemmungslose Staatsverschuldung der USA und der meisten EU-Länder haben den nächsten Abgrund sichtbar gemacht und an den ersten erinnert. Weniger Staatsschuldung, die ungeliebten Schröderschen Arbeitsmarktreformen, hocheffiziente Unternehmen und Lohnzurückhaltung statt „Stärkung der Binnennachfrage“ nach südeuropäischem Vorbild haben Deutschland die Krise weit besser meistern lassen als andere – und gleichzeitig in der EU und im Verhältnis zu den USA isoliert.

Gefangen in den eigenen alten Argumenten von den vermeintlichen Marktexzessen hat die Regierung jedoch den Vorteil des wirtschaftlichen Erfolges verspielt dem mehrfachen Vertragsbruch gleich aller EU-Institutionen bei der Griechenland- und Euro-„Rettung“ zugestimmt und damit zu recht Unverständnis, ja Entsetzen in der Bevölkerung geerntet – wie die Bereitschaft der Opposition, der EU-Erpressung noch schneller, bedingungsloser und umfangreicher entgegenzukommen, allerdings auch.

Die einzige „Gefahr“ für Veränderungen durch die neue Regierung konnte anfänglich nur von der FDP ausgehen. Mit ihrem Verständnis von Privat vor Staat und Eigenverantwortung vor kollektiver Entmündigung hat sie unter den Parteien ohnehin ein Alleinstellungsmerkmal und wird, wohl eher bzw. leider zu Unrecht, als personifizierter Bedrohung aller derer empfunden, die heute mit der Umverteilung von gut zwei Dritteln des Volkseinkommens ihren Lebensunterhalt verdienen. Was folgte war eine mediale Hinrichtung der Liberalen, was auch viel über die deutsche Medienlandschaft und insbesondere über das öffentlich-rechtliche Fernsehen aussagt.

---

<sup>1</sup> <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,154668,00.html> [4.8.10]

Mit einer Umsatzsteuerreduzierung für das Hotel- und Gaststättengewerbe, eigentlich eine Forderung der CSU ebenso der SPD und der Grünen im Bayerischen Landtag, war das Etikett der Klientelpartei perfekt - und erstaunlicher Weise haben die Liberalen dies duldsam ertragen. Dabei lieferten ihre Minister durchaus Gegenargumente, eines davon der betuliche aber prinzipienstarke Wirtschaftsminister. Mit wenigen Worten hatte er dem Weltkonzern GM genau die Steuermilliarden für Opel verweigert, welche die Ministerpräsidenten von Lieberknecht bis Beck und allen voran wieder die Kanzlerin der amerikanischen Konzernmutter bereits angedient hatten. Klientelpolitik für Konzerne?

Diesen Erfolg haben die Liberalen ebenfalls nicht ausgekostet und zugesehen, wie ihre Wähler und die der Union bereits auf und davon waren und angekommen sind zum Beispiel in der Hamburger Bürgerinitiative gegen die Schulreform, einer neuen Mehrheit gegen den ideologisierten Unfug einer außerhalb des gesunden Menschenverstandes kreisenden politischen Klasse.

Cem Özdemir blieb es vorbehalten, das Abstimmungsergebnis als „unsozial“ – einer Stammvokabel der politisch korrekten Inquisition - zu diffamieren<sup>2</sup>. Zu seiner Unterstützung hatte das ARD-Magazin Panorama dann auch noch „herausgefunden“, dass es vor allem Wähler der Mittel- und Oberschicht waren, die zu den Wahlurnen gingen und das Ergebnis so eher fragwürdig sei<sup>3</sup>. Fragwürdig? Umgekehrt könnte man auch behaupten, dass es allen Parteien nicht gelungen war, diejenigen zur Abstimmung zu locken, denen es ohnehin egal ist, welche Schule ihre Kinder nicht besuchen oder welche sie abrechnen. Der Unsinn von längeren gemeinsamen Lernen (oder Leiden) wird entweder abgelehnt oder er interessiert keinen.

Deutlicher konnte man nicht zeigen, dass die politische Klasse mittlerweile in ihren eigenen Denkmustern und auch Denkverböten gefangen ist, und sich die so genannte bürgerliche Mehrheit sich außerhalb der Parteien organisiert. Beim Kampf um die Zukunft der eigenen Kinder, einem menschlichen Urinstinkt, ist das überdeutlich geworden. Auch die Forderung „mehr Brutto vom Netto“, von der Regierung schon aufgegeben, wird immer härter eingefordert. Über die Gerichte werden Steuerbefreiungen für Arbeitszimmer oder die Abschaffung des Solidaritätszuschlages erstritten, während die Regierung in schlechtester etatistischer Tradition schon wieder neue Steuern ersinnt. Dabei hat das Wachstum der ersten Jahreshälfte 2010 das Steueraufkommen entgegen aller Prognosen auf neue Rekordwerte anwachsen lassen – auch eher ein liberales Argument: Wachstum bringt dem Staat mehr Einnahmen als Steuererhöhungen.

Die Linke hat den enttäuschten SPD-Wählern zu einem großen Teil wieder eine Heimat gegeben und sie so in die politische Willensbildung zurückgeführt. Das ist und bleibt ihr Verdienst für die Demokratie in unserem Land. Heute produzieren Union und FDP eine neue außerparlamentarische Opposition<sup>4</sup> in einer viel größeren Dimension. Noch vertraut diese „APO“ darauf, sich ihre Rechte selber erstreiten zu können. Doch auch Gesetze kann man ändern. Daher ist es nur eine Frage der Zeit, wann sich alternative konservative und liberale Parteien bilden und es ist sehr fraglich, ob man das wirklich bedauern sollte.

---

<sup>2</sup> <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article8565233/Die-gelenkte-Demokratie-des-Gruenen-Oezdemir.html> [4.8. 10]

<sup>3</sup> <http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2010/panoramavolksentscheid100.html> [4.8. 10]

<sup>4</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Au%C3%9Ferparlamentarische\\_Opposition](http://de.wikipedia.org/wiki/Au%C3%9Ferparlamentarische_Opposition) [4.8. 10]